

Stellungnahme der Verwaltung zu den ergänzenden Beschlüssen der Bezirksvertretungen sowie des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung:

1. Ergänzungsbeschluss auf gemeinsamen Antrag SPD und Bündnis 90/Grüne:

„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, die Zeit bis zur Auflösung der einzelnen Schulen zu nutzen, um mit dem vorhandenen Engagement der Schulleitungen und Lehrerkollegien den Übergang für die Schülerinnen und Schüler in andere Schulen gemeinsam mit den Eltern und möglichst ohne Brüche zu gestalten. Dabei sollten die Prüfung des Wechsels im Klassenverband sowie die Erhaltung bzw. Bereitstellung von Ganztagsplätzen berücksichtigt werden. Insgesamt ist bei dieser Entwicklung zu prüfen, inwieweit positive Konzepte und Kooperationen erhalten bleiben können.

Zudem sollen die existierenden und erfolgreichen Ressourcen der Schulsozialarbeit an den zu schließenden Hauptschulen dazu genutzt werden, um den Übergang in die aufnehmenden Schulen konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen und ggf. in die neuen Kooperationsschulen zu integrieren.

Sobald die Schulgesetzgebung es zulässt, ist bei der weiteren Nutzung der Schulstandorte zu prüfen, ob die Gründung von Stadtteilschulen möglich ist.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung wird den Beschluss, so weit er sich in der Praxis realisieren lässt, in der Phase der Vorbereitung zur Schließung der Schulen beachten und im Rahmen der weiteren Schulentwicklungsplanung die Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Schulformen aufgreifen.

2. Änderungsbeschluss auf Antrag CDU:

Änderung des Beschlusspunktes 6:

- a.) Der Schulbetrieb der Gemeinschaftshauptschule Holzheimer Weg in Köln-Worringen wird zunächst fortgesetzt.
- b.) Der Schulstandort Holzheimer Weg wird als Standort für eine Schule der Sekundarstufe I im Stadtteil Chorweiler erhalten, sofern der Bedarf vorhanden ist.

Die Verwaltung wird aufgefordert, Vorschläge für die künftige Schulformnutzung spätestens im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulentwicklungsplan im Herbst dieses Jahres vorzustellen.

- c) Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für eine Generalinstandsetzung des Schulgebäudes Holzheimer Weg – unter Berücksichtigung der künftigen Nutzungsanforderungen zu prüfen. Hierbei ist auch ein ÖPP-Modell in Betracht zu ziehen.

Die Punkte 1-5 sowie 7-10 der Verwaltungsvorlage bleiben unverändert.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung wird den regionalen Bedarf für eine Schule der Sekundarstufe I im Rahmen der Schulentwicklungsplanung erneut überprüfen. Dem Beschluss kann daher gefolgt werden.

Bezirksvertretung Lindenthal

1. Ergänzungsbeschluss auf Antrag CDU

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zu erstellen, aus dem hervorgeht, wie die Angebote für die Kinder, die im Stadtbezirk Lindenthal wohnen und der Schulpflicht unterliegen und nicht auf eine Realschule und ein Gymnasium wechseln wollen, aussehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung wird die regionalen Schulangebote im Rahmen der Schulentwicklungsplanung darstellen.

2. Ergänzungsbeschluss auf gemeinsamen Antrag SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, die Zeit bis zur Auflösung der einzelnen Schulen zu nutzen, um mit dem vorhandenen Engagement der Schulleitungen und Lehrerkollegien den Übergang für die Schülerinnen und Schüler in andere Schulen gemeinsam mit den Eltern und möglichst ohne Brüche zu gestalten. Dabei sollten die Prüfung des Wechsels im Klassenverband sowie die Erhaltung bzw. Bereitstellung von Ganztagsplätzen berücksichtigt werden. Insgesamt ist bei dieser Entwicklung zu prüfen, inwieweit positive Konzepte und Kooperationen erhalten bleiben können.

Zudem sollen die existierenden und erfolgreichen Ressourcen der Schulsozialarbeit an den zu schließenden Hauptschulen dazu genutzt werden, um den Übergang in die aufnehmenden Schulen konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen und gegebenenfalls in die neuen Kooperationsschulen zu integrieren.

Sobald die Schulgesetzgebung es zulässt, ist bei der weiteren Nutzung der Schulstandorte zu prüfen, ob die Gründung von Stadtteilschulen möglich ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Beschluss entspricht dem des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und kann unterstützt werden.

3. Ergänzungsbeschluss auf Antrag FDP

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Hauptschule Mommsenstraße frühestens zum 31.07.2012 aufgelöst werden kann. Um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten zu können, im bisherigen Klassenverband weiter unterrichtet zu werden, ist ein Übergang der verbleibenden Klassen in die Hauptschule Ringelnatzstraße angedacht.

In einer Regionalkonferenz soll ein entsprechendes Konzept gemeinsam mit Schulaufsicht, Schulverwaltung und den beiden Schulen erarbeitet werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Beschluss entspricht dem Antrag der Schulkonferenz der HS Mommsenstraße. Die Verwaltung wird dem Schulkonferenzbeschluss folgen und hat daher bereits im Beschlussvorschlag als Termin zur Auflösung der Schule den gewünschten Termin 31.07.2012 aufgeführt, dem die Bezirksvertretung so auch zugestimmt hat.

Schule, Schulverwaltung und Schulaufsicht werden gemeinsam mit der Hauptschule Ringelnatzstraße den Prozess bis zur Auflösung der Schule gestalten.

Bezirksvertretung Ehrenfeld

Ergänzungsantrag:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, spätestens in der zweiten Sitzung der Bezirksvertretung nach der Sommerpause (4. Oktober 2010) ein Schulumraumkonzept für den Stadtbezirk Ehrenfeld vorzustellen. Darin soll dargestellt werden, welchen Schulen Räume anderer Schulen im Stadtbezirk nutzen, sowie die inhaltliche Begründung und zeitliche Dauer dargestellt werden

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung wird der Bezirksvertretung Ehrenfeld die gewünschten Informationen zur Verfügung stellen.

Bezirksvertretung Chorweiler

Ergänzungsantrag:

Die Bezirksvertretung Chorweiler lehnt die Beschlussvorlage der Verwaltung ab, und übernimmt den einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Schule und Weiterbildung in der Sitzung am 28.06.2010 zu Punkt 6, 10 und 11:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG):

6. a.) Der Schulbetrieb der Gemeinschaftshauptschule Holzheimer Weg in Köln-Worringen wird zunächst fortgesetzt.
 - b.) Der Schulstandort Holzheimer Weg wird als Standort für eine Schule der Sekundarstufe I im Stadtteil Chorweiler erhalten, sofern der Bedarf vorhanden ist. Die Verwaltung wird aufgefordert, Vorschläge für die künftige Schulformnutzung spätestens im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulentwicklungsplan im Herbst dieses Jahres vorzustellen.
 - c.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für eine Generalinstandsetzung des Schulgebäudes Holzheimer Weg – unter Berücksichtigung der künftigen Nutzungsanforderungen zu prüfen. Hierbei ist auch ein ÖPP-Modell in Betracht zu ziehen.
-
10. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.
 11. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, die Zeit bis zur Auflösung der einzelnen Schulen zu nutzen, um mit dem vorhandenen Engagement der Schulleitungen und Lehrerkollegien den Übergang für die Schülerinnen und Schüler in andere Schulen gemeinsam mit den Eltern und möglichst ohne Brüche zu gestalten. Dabei sollten die Prüfung des Wechsels im Klassenverband sowie die Erhaltung bzw. Bereitstellung von Ganztagsplätzen berücksichtigt werden. Insgesamt ist bei dieser Entwicklung zu prüfen, inwieweit positive Konzepte und Kooperationen erhalten bleiben können. Zudem sollen die existierenden und erfolgreichen Ressourcen der Schulsozialarbeit an den zu schließenden Hauptschulen dazu genutzt werden, um den Übergang in die aufnehmenden Schulen konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen und ggfs. in die neuen Kooperationsschulen zu integrieren. Sobald die Schulgesetzgebung es zulässt, ist bei der weiteren Nutzung der Schulstandorte zu prüfen, ob die Gründung von Stadtteilschulen möglich ist.“

Die Bezirksvertretung Chorweiler bittet den Rat und die Verwaltung den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler zum Erhalt des Schulstandortes Holzheimer Weg in der Sitzung am 10.06.2010 unter TOP 8.3.6 basierend auf den Dringlichkeitsantrag zu berücksichtigen:

„Die Bezirksvertretung Chorweiler fordert den Rat der Stadt Köln auf, auf die geplante Schließung der Hauptschule in Köln-Worringen zu verzichten und den Schulstandort Holzheimer Weg als Schule der Sekundarstufe I dauerhaft zu erhalten. Darüber hinaus sollen die seit langem nötigen Sanierungsmaßnahmen unverzüglich in die Wege geleitet und das geplante Schulkonzept für den Kölner Norden neu überdacht werden.“

Die Bezirksvertretung Chorweiler bittet zudem darum den Erhalt und die Sanierung des Schulstandortes Holzheimer Weg / Worringen wohlwollend zu prüfen, da die Bezirksvertretung Chorweiler den Bedarf als gegeben betrachtet. Der Bedarf begründet sich u.a. durch die angrenzenden Neubaugebiete (Krebelsweide) mit bis zu 1200 neuen AnwohnerInnen. Hierbei handelt es sich überwiegend um junge Familien mit Kindern, die zu gegebener Zeit eine wohnortnahe Schule der Sekundarstufe I benötigen.

Dem Rat soll dieser Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler zur Ratssitzung am 13.07.2010 zur Beratung vorgelegt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Siehe hierzu die Stellungnahmen zu den Voten des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.